

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 50 (1971)
Heft: 12

Artikel: 50 Jahre sozialdemokratische Monatsschrift
Autor: Lienhard, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338427>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dr. Richard Lienhard

50 Jahre sozialdemokratische Monatsschrift

Im September 1921 ist die «Rote Revue» das erste Mal erschienen. Unsere Monatsschrift kann somit auf ein halbes Jahrhundert zurückblicken.

Das Blatt war von Anfang an als theoretisches Organ gedacht. Dabei waren sich die Schöpfer unserer Schrift bewusst, dass Theorie nichts anderes heisst als Vorausschau, auf die man im politischen Kampf nun einmal nicht verzichten kann. Theorie braucht deshalb keinen Gegensatz zur Praxis darzustellen. Im Gegenteil: Theorie sollte, wenn sie richtig verstanden wird, früher oder später Praxis werden. Diese Auffassung lebte schon im Bewusstsein der Pioniere, die für die «Rote Revue» verantwortlich zeichneten. Jedenfalls wurde schon in der Einleitung zum ersten Heft des 1. Jahrganges von der Schriftleitung — sie bestand aus Ernst Nobs und Friedrich Heeb — ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Blatt «kein Organ weltfremder Theorie sein dürfe, sondern dem *Tageskampf* zu dienen habe», wobei die Orientierung an den Grundsätzen unseres Programmes und seinen letzten Zielen erfolgen müsse.

Die «Rote Revue» wollte somit nichts anderes sein, als das «Profil» heute sein will: eine Zeitschrift für die Theorie der Praxis und für die Praxis der Theorie.

Dieses Anliegen entspricht gerade heute einem weitverbreiteten Bedürfnis. Schon seit Jahren wurde in unserm Blatt auf die zunehmende Tendenz einer Reideologisierung hingewiesen.¹ Dies hat uns jeweils aus dem konservativen Lager hämische und bissige Kommentare eingetragen; aber auch aus den Reihen der Sozialdemokratie meldeten sich Praktiker mit ihren kritischen Vorbehalten zum Wort. Ohne Überheblichkeit dürfen wir heute feststellen, dass wir mit unserer Prognose keineswegs am Ziel vorbeigeschossen haben. Wir hatten dabei allerdings den Vorteil, uns auf einen unverdächtigen Zeugen stützen zu können: bereits im Jahre 1967 zitierten wir den weitsichtigen und mittlerweile zum österreichischen Bundeskanzler aufgestiegenen Bruno Kreisky:²

¹ Vgl. «Profil» 11/1967. S. 326 f. Dr. R. Lienhard «Reideologisierung statt Entideologisierung». Dr. Hans Adank «Um die Re-Ideologisierung in der Politik». «Profil» 7/8/1969, S. 193.

² «Profil» 11/1967, S. 326.

«Insgesamt stehen wir am Anfang eines Prozesses der Reideologisierung. Vor allem die aufgeweckten, politisch denkenden und politisch agierenden Menschen haben das Bedürfnis, genauer herauszufinden, warum sie der einen Partei ihre Stimme geben und nicht der anderen.»

Wer mit wachem Sinn die Entwicklung der europäischen Sozialdemokratie verfolgt, darf mit Genugtuung feststellen, wie ausgeprägt überall der Wille vorhanden ist, die Grundwerte eines freiheitlichen Sozialismus deutlicher zu interpretieren und hart in die Auseinandersetzung zu bringen. Dass der flache Praktizismus ins Nichts führt, diese Überzeugung setzt sich heute immer stärker durch, und zwar in allen Parteien, die noch etwas auf Gesinnung halten.

Nebst der Kritik aus dem konservativen Lager haben wir uns auch gelegentlich gegen Einwände von links her zu wehren. Die Neue Linke macht uns etwa zum Vorwurf, dass bei uns das Dogma zu kurz komme. Ein theoretisches Organ, so wurde uns schon im Gespräch gesagt, müsste den Gegensatz Kapitalismus/Sozialismus deutlicher zum Ausdruck bringen. Wenn dies nicht geschehe, werde die Sozialdemokratie zur Agentur des Kapitalismus und unsere Zeitschrift dessen Organ.

Angesichts solcher Kritik aus dem konservativen und «progressiven» Lager ist man versucht, Karl Kraus für sich in Anspruch zu nehmen:

«In keinem der Extreme zünftig.

Ich glaube bald, ich bin vernünftig.»

Es trifft nicht zu, dass das Wort Kapitalismus aus unserm Wortschatz gestrichen wurde (vgl. den nachfolgenden Artikel von Toni Tschudi: «Ansatz zu einer Strategie der SPS»). Wer aber glaubt, wir könnten heute noch von dem klassischen Gegensatz Sozialismus/Kapitalismus des 19. Jahrhunderts leben, bekennt sich zu einem Dogmatismus, der konservativer ist als konservativ. Wer daher für einen solchen Dogmatismus plädiert, irrt in gravierender Weise, wenn er sich dabei für progressiv hält. Es kommt sodann einer böartigen Entstellung gleich, wenn von der Neuen Linken behauptet wird, die parlamentarisch-demokratische Staatsform sei mit dem Kapitalismus identisch. Würde eine solche Behauptung von der Sozialdemokratie ernst genommen, so müsste sie der Selbstaufgabe der Demokratie das Wort reden.

Unser Blatt wird sich auch in Zukunft durch die auf dem Boden von Extrempositionen gewachsenen Einwände nicht beirren lassen. Unsere Aufgabe muss es auch weiterhin sein, der Weiterentwicklung sozialdemokratischen Gedankengutes zu dienen und alle Bestrebungen zu unterstützen, die auf die Schaffung eines sozialen Rechtsstaates gerichtet sind. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe werden wir durch die Überzeugung gestärkt, dass die Sozialdemokratie der beste Garant für die Entwicklung eines freiheitlichen Sozialismus darstellt. Dabei denken wir natürlich an

eine *regenerierte* Sozialdemokratie, welche die Kraft und den Mut zu gesellschaftsverändernden und gesellschaftsformenden Impulsen aufbringt.

Die ersten Bände der «Roten Revue» enthalten die Namen von Mitarbeitern wie Robert Grimm, Otto Lang, Fritz Marbach, Arthur Schmid, Walther Bringolf, Fritz Schneider, Max Weber, Emil J. Walter u. a. Die meisten von ihnen weilen nicht mehr unter uns. Die noch Lebenden aber sind unserem Blatt treu geblieben und gehören sogar zum heutigen Mitarbeiterstab. Ihnen allen haben wir viel zu danken. Es ist ihr Verdienst, bei der grossen und auch schweren Aufgabe der sozialistischen Bewusstseinsbildung wesentlich mitgewirkt zu haben. Diesem Ziel zu dienen soll auch unser erstes Anliegen sein.

Es liegt nahe, in diesem Zusammenhang noch einen weiteren Blick auf die Geschichte unserer Monatsschrift zu werfen. Wir sind dabei in der glücklichen Lage, eine gute wissenschaftliche Arbeit der Philologin Moia Schnyder zu veröffentlichen. Der Titel der Studie lautet: «Die ‚Rote Revue‘ 1930 bis 1940». Der Verfasserin sagen wir herzlichen Dank dafür, dass sie uns ermöglicht, diese bemerkenswerte Studie mit geringfügigen Kürzungen heute und in den nächsten Nummern unseres Blattes zu veröffentlichen. Wir sind überzeugt, dass unsere Leserinnen und Leser diesen historischen Exkurs zu schätzen wissen. Mit einigem Schmunzeln dürften sie dabei aus wohlthuender Distanz zur Kenntnis nehmen, wie Mitarbeiter der «Roten Revue» auch gelegentlich von ihrem «Recht zum Irren» Gebrauch machten.

Tempo und Richtung der Bewegung hängen also von der Aktivität, der Schulung und dem Mute von Einzelmenschen ab. Die vulgär-marxistische Theorie, dass die Masse der Arbeitnehmer unter dem Einfluss ihrer ökonomischen Lage von selbst zu richtigem Verstehen und Handeln komme, stimmt nicht. Gerade die Arbeitnehmerschaft – anders als ihre Gegenpartei – leidet an einem bedenklichen Mangel an politischem Instinkt. Wenn diese Masse zuwenig in einheitlicher Richtung auf den Vormarsch gebracht wird, zum Kampf für die eigenen Ideen und Interessen gegen die bürgerlichen Ideen und Interessen, dann können Teile von ihr durch Verführung aus anderen Lagern in abwegiger Richtung in Marsch gesetzt werden.

Dr. F. Pesch im «Öffentlichen Dienst»
